

Bund soll seine Immobilien kennen

OBERKIRCH/BERN In der laufenden Wintersession hat der Oberkircher Nationalrat Albert Vitali zwei neue Vorstösse eingereicht. Rund ein Viertel der Parlamentarier hat sie unterschrieben.

Das Postulat «Eine Dienststelle für zivile und militärische Immobilien» verlangt eine Prüfung der Zusammenlegung aller Bundes-Immobilien in eine Dienststelle. Dies für bessere Transparenz und Synergienutzung. Zudem ist Vitali überzeugt, dass dies auch die Suche nach Unterkünften für Asylsuchende erleichtern würde.

Luzerner Regeln für Bern

Seit einem Jahr ist Nationalrat Albert Vitali als Leader der FDP-Delegation Mitglied in der Finanzkommission. Bei der Prüfung der Staatsrechnung sowie des Voranschlages ist ihm aufgefallen, dass die Personalplanung nur in Frankenbeträgen statt in Anzahl Stellen ausgewiesen ist. Dies macht es für die Finanzkommission sehr schwierig, die Personalplanung zu kontrollieren. Daher hat er eine Motion im Nationalrat eingereicht, die 47 Ratskollegen unterzeichneten. Diese Motion beauftragt den Bundesrat, einen Personalplan einzuführen, der die Anzahl Stellen ausweist. Der Kanton Luzern geht hier mit gutem Beispiel voran und hat diesen – übrigens auch auf Initiative von Albert Vitali, dazumal Kantonsrat – bereits 2006 eingeführt. Im Sinne der Transparenz hofft Albert Vitali, dass der Bundesrat seine Motion zur Annahme empfiehlt. **RED**